

Schöneiche links

Ausgabe September 2009

www.linke-schoeneiche.de

DIE LINKE.
Ortsverband Schöneiche

Am 27. September sind Bundes- und Landtagswahlen

Zur Wahl gehen und selbst entscheiden

Eine Partei ging mit dem Wahlslogan „Heiße Luft würde DIE LINKE wählen“ in den Europawahlkampf. War es heiße Luft, als DIE LINKE eine strengere Regulierung der Finanzmärkte forderte? War es heiße Luft, als DIE LINKE die Börsenumsatzsteuer forderte und alle anderen Parteien sie ablehnte? War es heiße Luft, als DIE LINKE einen gesetzlichen Mindestlohn, eine Erhöhung des ALG-II-Regelsatzes einforderte? Usw.

Jetzt tauchen diese Forderungen in Wahlprogrammen der Wettbewerber auf. Acht Wochen vor der Wahl entdeckt plötzlich die FDP ihr Herz für Hartz-IV-Empfänger. SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier übernimmt urplötzlich den Vorschlag der Linkspartei, zwei Millionen und mehr Arbeitsplätze in den nächsten Jahren zu schaffen. Noch kurz vorher sind diese Vorschläge als populistisch und nicht finanzierbar bezeichnet geworden. Was soll also dieser Angriff auf DIE LINKE?

Die Streichung der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern um zwei Jahre, die Verlängerung des Arbeitslosengeldes für Ältere, die Wiedereinführung der Pendlerpauschale oder

Aus dem weiteren Inhalt:

- Thomas Nord – Für Gerechtigkeit im Land
- Sozial vor Ort in Schöneiche
- Warum streitet DIE LINKE für einen bildungspolitischen Richtungswechsel?
- Klimaschutz, eine Aufgabe für Schöneiche
- LINKE will Bürgerhaushalt in Schöneiche
- Renate Adolph – Eine zuverlässige Streiterin vor Ort

DIE LINKE.

Kämpft

für sichere Arbeitsplätze, den Mindestlohn und bessere Bildung. Gegen soziale Benachteiligung und die Zweiklassen-Medizin. Konzerne und Reiche höher besteuern, damit es hierzulande endlich gerecht zugeht.
www.fuer-gerechtigkeit.de

Vorschläge zur Einkommenssteuer – von der LINKEN übernommene Vorschläge, sind doch Reflexe auf eine stärker gewordene LINKE in Deutschland.

In der Bundesrepublik Deutschland geht es darum, sie sozialer und demokratischer und damit gerechter zu gestalten. Dafür steht DIE LINKE. Die anderen Parteien werden in dem Maße sozialer, in dem DIE LINKE an Stimmen dazu gewinnt.

Gewählt in den Bundes- bzw. Landtag, werden die Kandidaten der Partei DIE LINKE insbe-

sondere die folgenden Wähleraufträge immer wieder auf die Tagesordnung setzen:

- Überwindung von Hartz IV, Anhebung des Mindestsatzes auf 500 Euro für Hartz-IV-Empfänger bis zur Einführung einer bedarfsdeckenden und sanktionsfreien Mindestsicherung.
- Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohnes von 10 Euro im Zeitraum der Legislaturperiode, einer bedarfsgerechten Grundsicherung, einer vor Armut schützenden gesetzlichen Rente.
- Sicherung der Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Ausbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors.
- Sicherung der Arbeitsplätze mit einem Zukunftsfonds in Höhe von 100 Mrd. Euro und Einrichtung von neuen Arbeitsplätzen mit einem öffentlichen Investitionsprogramm in Höhe von 100 Mrd. Euro für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und eine Energiewende, wodurch so zwei Millionen zusätzliche, nach Tarif bezahlte Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Streichung der Praxisgebühren und Zuzahlungen im Gesundheitswesen und endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit bei gleicher Arbeitszeit sowie gleiche Rente für eine gleiche Lebensleistung zwischen Ost und West.
- Aufhebung der unrealistischen Rente ab 67, statt dessen flexible Ausstiegsmöglichkeiten ohne Abschläge vor dem 65 Lebensjahr.
- Vorrang für erneuerbare Energien.
- Staatliche Hilfen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile der öffentlichen Hand und Belegschaften.
- Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Ihre Durchsetzung wird es nur mit einer deutlich gestärkten LINKEN geben. DIE LINKE fordert, die Umverteilung von unten nach oben zu beenden und umzukehren. Das gilt ebenso für eine anzustrebende Steuergerechtigkeit, d. h. die Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen sowie die höhere Belastung der Besseren und Bestverdienenden, der großen Vermögen,



**Konsequent
gegen
Nachtflüge!**

www.brandenburg-waehlt-rot.de

DIE LINKE.

der großen Erbschaften, der Börsenumsätze und Spekulationen sowie der hohen Profite. Es geht um soziale Alternativen im Vergleich zu dem, was in den letzten Jahren erlebt wurde.

DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für die Menschen statt Milliarden Geschenke für Banker, die Billionen in einem verantwortungslosen Casino-Kapitalismus riskiert und verwirtschaftet haben. Für 2010 wird mit fünf Millionen Arbeitslosen durch einen bis zu sechsprozentigen Wirtschaftsabschwung gerechnet – auch diese Menschen brauchen eine lautstarke und wirkungsvolle Stimme in den Parlamenten und auf den Straßen. Daher wirbt DIE LINKE mit

**„Je stärker DIE LINKE,
desto sozialer das Land“**

DIE LINKE steht auch für Gestalten. So wird DIE LINKE in Schöneiche insbesondere mit den nachfolgenden Vorhaben das Leben im Interesse der Bürger weiter gestalten.

Vorstand DIE LINKE. Schöneiche

Direkt aus dem Wahlkreis 64 – LOS, Frankfurt (Oder) – in den Bundestag

Thomas Nord – Für Gerechtigkeit im Land

Der 51-jährige Thomas Nord verbiegt sich nicht, stellt sich seiner Vergangenheit und ist längst im Heute angekommen. Das macht ihn berechenbar, eine Eigenschaft, die man bei Politikern nicht immer findet.

„Heute werden die ‚Kleinen‘ zur Kasse gebeten, ‚Große‘ verspekulieren Milliarden. Sozialsysteme wurden abgebaut, die Mehrwertsteuer angehoben, die Rente ab 67 und Hartz IV durchgezogen“, meint der im Osten Berlins aufgewachsene Nord, heute Landesvorsitzender der LINKEN in Brandenburg, und will dies ändern. Sein Weg in der DDR vom Maschinen- und Anlagenmonteur über vier Jahre Volksmarine bis zum Jugendkublerleiter 1984, nebenbei ein Studium als Kulturwissenschaftler, all das hat ihn geprägt und in Funktionen in der FDJ und in der SED geführt.

Auch zur Verpflichtung 1983 als IM des MfS bekennt er sich. „Der demokratische Umbruch in der DDR 1989 öffnete mir den Weg vom Parteikommunisten zum demokratischen Sozialisten. Er führte zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Realsozialismus, unterstützt durch eine mich prägende Zusammenarbeit mit Stefan Heym, dessen Mitarbeiter ich 1994/95 sein durfte. Die Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in Deutschland ließ mich aber als Linker aktiv bleiben“, so schildert er seinen Weg nach dem Mauerfall.

Viele Menschen sorgen sich im Moment zu Recht um die Zukunft ihrer Familien. DIE LINKE nimmt diese Ängste ernst. „Wir werden nicht wie die gegenwärtig Regierenden Reiche begünstigen und Spekulanten Tür und Tor öffnen“, sagt Nord. Die Krisenlasten müssten gerecht finanziert werden: Mit Steuern für Millionäre, auf hohe Vermögen, große Erbschaften und auf Börsenumsätze.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundsicherung, statt Hungerlöhnen

einen gesetzlichen Mindestlohn, statt Rente ab 67 eine verlässliche Alterssicherung. Alle sollten in eine Bürgerversicherung einzahlen, auch Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Bisher wurden privater Reichtum gefördert und öffentliche Infrastruktur verkommen lassen. Es gibt riesige Aufgaben in der Kinderbetreuung und der Bildung, bei der Pflege und bei sozialen Dienstleistungen, im Verkehr und beim ökologischen Umbau. Mit öffentlichen Investitionen von 100 Milliarden Euro jährlich könnten bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

js

weitere Infos:

www.thomas-nord.de



Sozial vor Ort



Dr. Artur Pech
Gemeindevertreter,
Mitglied des Kreistages
Oder-Spree

Erinnern Sie sich noch? Am 1. Januar vor 5 Jahren trat das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) in Kraft.

Viele Versprechungen gab es. Hunderttausende, ja Millionen neue Arbeitsplätze sollten entstehen. Die Rede war auch von einem „Lohnabstandsgebot“. Das meinte: Wer langzeitarbeitslos ist, der soll mit weniger auskommen, als der Schlechtbezahlteste in diesem Land ohne Mindestlohn. So werden Arbeitslose und prekär Beschäftigte gegeneinander ausgespielt. Selbst für Kinder wurde ein „Mindestbedarf“ jenseits elementarer Bedürfnisse erfunden.

Arbeitsplätze hat dieses Gesetz nicht gebracht. Es ist aber noch immer ein wirksames Mittel der Lohndrückerei. Denn wem nach einem Jahr Arbeitslosengeld I der Absturz auf das Hartz-IV-Niveau droht, der ist erpressbar.

Noch vor einem Jahr klopfen sich die Anhänger dieses Kurses an die stolzgeschwellte Brust: Die Lohndrückerei hatte der „Wettbewerbsfähigkeit“ der deutschen Profitwirtschaft gut getan. Deutsche Produkte wurden auf dem Weltmarkt billiger und der Profit wuchs.

Heute wollen manche Vorbeter der neoliberalen Weltordnung daran nicht mehr erinnert werden. Denn ihre letztlich mit unlauteren Mitteln ausgebaute Konkurrenzfähigkeit hat den Boden für die aktuelle Krise bereitet. Wo den Menschen im Lande über Jahre die Realeinkommen gekürzt wurden, da vermag der Binnenmarkt nicht die Nachfrage zu entwickeln, die Einbrüche auf den Exportmärkten ausgleichen könnte. Wohin es führt, wenn Menschen über Jahre gezwungen werden, sich zu verschulden, um konsumieren zu können, das zeigt die von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise sehr deutlich.

Im Landkreis Oder-Spree gab es in den letzten Jahren viele Scheingefechte um die angeblichen Vorteile der Verwaltung der Langzeitarbeitslosigkeit durch den Kreis. Noch im September 2008 wurde dies als beste Entscheidung der zurückliegenden Jahre gepriesen. Wahr aber ist: Die Situation der Langzeitarbeitslosen ist bei uns genau so schlecht, wie in anderen Gegenden.

Das gilt auch für Schöneiche. Hier hatte die Fraktion der Linken in der Gemeindevertretung im Dezember 2008 beantragt, 10 zusätzliche Stellen aus dem Programm „Kommunal-Kombi“ einzurichten. Das ist ein Förderprogramm für die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Ein Programm, mit dem die Beschäftigten zwar am unteren Rand, aber immerhin für 30 Wochenstunden nach Tarif bezahlt werden.

Zum Ende des vergangenen Jahres hieß es, vor einer Beschlussfassung müssten erst Prioritäten diskutiert und über den Nachtragshaushalt die Finanzierung gesichert werden. Im Juli 2009 war es dann soweit. Nach umfangreicher Diskussion wurde der Gemeindevertretung eine Liste der in Frage kommenden Stellen vorgelegt. Bei der abschließenden Diskussion in den Ausschüssen war dann zu vernehmen: Sie können der Vorlage ruhig zustimmen: Es wird nichts passieren, denn wir haben im Nachtragshaushalt kein Geld dafür. Über die Seriosität einer solchen Position kann sich jeder seine Meinung bilden.

Die Fraktion der LINKEN in der Gemeindevertretung wiederholte deshalb im Juli 2009 ihren Antrag vom Dezember 2008. Und sie fand

Herr Steinmeier, vergessen Sie nicht: Hartz IV ist Kinderarmut per Gesetz!

www.brandenburg-waehlt-rot.de

DIE LINKE.

für die Besetzung von fünf zusätzlichen Stellen und für die entsprechende Änderung des Nachtragshaushaltes eine Mehrheit in der Gemeindevertretung. Die Fraktion der SPD sprach sich dabei explizit dagegen aus.

Nun hat also der Bürgermeister den Auftrag, bis Oktober für 3 Jahre Kommunal-Kombi-Stellen für die Begegnungsstätte Hohenberge, für die Storchenschule/den Hort am Storchenturm, die Bürgerschule und den Hort Tausenfüßler, die Kinder- und Jugendarbeit im Sportverein IGL und die Kinder- und Jugendarbeit in der

TSGL zu schaffen. Wir werden die Beschlusskontrolle Ernst nehmen und zur Sitzung der Gemeindevertretung im Oktober den Bericht des Bürgermeisters verlangen. Mit diesem Beschluss wurde die bisherige Orientierung der Verwaltung auf Lohndrückerei über 1-Euro-Jobs ein wenig zurückgedrängt.

Sozial vor Ort bedeutet für DIE LINKE weiterhin „am Ball zu sein“ für längeres gemeinsames Lernen, keine Schulklasse mit mehr als 24 Kindern, gebührenfreie öffentliche Kinderbetreuung, Schülerbeförderung, Bildung.

Warum streitet DIE LINKE für einen bildungspolitischen Richtungswechsel?

Für ein längeres gemeinsames Lernen in Schöneiche



Beate Simmerl

Gemeindevertreterin,
Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE

Mit der großen Koalition hat die Bildungspolitik verschärft Kurs auf ein System sozialer Ungleichheit genommen. Vor nunmehr 12 Jahren rief der damalige Bundespräsident Roman Herzog Bildung als das „Megathema“ aus. Die CDU sprach auf vielen Parteitaggen, dass „Bildung zur sozialen Frage des 21. Jahrhunderts“ würde.

Heute reden die KanzlerkandidatInnen so, als hätte sie das Thema neu entdeckt: Bildung sei die zentrale Aufgabe des kommenden Jahrzehnts! Und: Die Bundesrepublik müsse zur Bildungsrepublik werden!

Liest man dieser Tage die vielen Stellungnahmen und Vorschläge, dann merkt man etwas von einem Ruck im Denken vieler, die es ernst meinen, wenn es um die Veränderung der Bildungslandschaft geht, quer durch die Parteien, Organisationen, Verbände bis hin zu Industrie

und Handwerk. Velerorts haben sich Elterninitiativen gebildet, die für ein integratives Schulsystem eintreten.

Es kann nicht mehr hingenommen werden, dass am Flickenteppich von 16 Bildungssystemen in Deutschland weiter gewurstelt wird. Und es gibt nach wie vor Bremsen unter den verantwortlichen Politikern, insbesondere in der CDU.

„Ich habe das Gefühl, dass sich das deutsche Bildungssystem nicht darauf konzentriert, alle einzubeziehen, sondern dass es eher Trennungen schafft.“

*Vernor Muñoz Villalobos, 2006,
UN-Sonderberichterstatter und Bildungsexperte*

Deutschland steckt in der Bildungskrise. Dagegen regt sich berechtigter Protest: Mit dem Bildungsstreik im Juni dieses Jahres haben viele Schülerinnen, Schüler, Auszubildende und Studierende für grundlegende Bildungsreformen demonstriert. „Bei den Banken sind sie fix, für die Bildung tun sie nix.“

Die systematische Ausgrenzung von sozial Benachteiligten, ist in Deutschland so extrem wie in keinem anderen europäischen Land. Die Zahl der Schulabbrecherinnen und -abbrecher steigt. Wer die Schule nicht erfolgreich absol-

viert, hat kaum Chancen auf einen Ausbildungsplatz und damit auf eine gute Berufsperspektive. Bildung ist für DIE LINKE eine der zentralen Voraussetzungen für Selbstbestimmung und individuelle Gestaltung des Lebens sowie für ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander in einer demokratischen Gesellschaft. Deshalb muss Bildung allen Menschen frei und in gleichem Maße zugänglich gemacht werden. In allen Bundesländern dominieren Schulformen, die Kinder frühzeitig abhängen. Gemeinschaftsschulen, die längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung verbinden, sind immer noch die Ausnahme. Einzelne Bundesländer haben mit Studiengebühren die Bildung weiter kommerzialisiert und neue soziale und kulturelle Barrieren eingeführt.

Deshalb fordert DIE LINKE:

- das Recht auf Bildung im Grundgesetz verankern;
- einen nationalen Bildungspakt auflegen: öffentliche Bildungsausgaben auf mindestens sieben Prozent des Bruttoinlandprodukts erhöhen, darin bundesweite Förderprogramme für den Ausbau von Gemeinschafts- und Ganztagschulen, sozialpädagogische Unterstützung an jeder Schule;
- Bildungsberufe aufwerten: Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher auf Hochschulniveau und den Master-Abschluss für alle Lehrerinnen und Lehrer einführen; gute Arbeitsbedingungen und eine gerechte Entlohnung herstellen;
- Bildung von Anfang an fördern: den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kitas mit hoher Betreuungsqualität verbinden; Kita-Ausbau vorantreiben, um den Rechtsanspruch ab dem ersten Lebensjahr auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern;
- Länger gemeinsam lernen: Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 bundesweit mehrheitsfähig machen und als Regelschule etablieren; individuelle Förderung verankern;
- Kita- und Studiengebühren abschaffen: die Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern, Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen;
- Mitbestimmungsrechte in Bildungseinrichtungen stärken: bundesweite Vertretungen von Schülerinnen und Schülern, Eltern und Studierenden mit allgemeinpolitischem Mandat durchsetzen;
- gute und umfassende Berufsausbildung sichern: Schmalspurausbildungen und Warteschleifen abschaffen, Betriebe in die Verantwortung nehmen;
- Ausbildungsplatzumlage einführen: die Unternehmen an der Finanzierung der Berufsausbildung solidarisch beteiligen;
- offenen Studienzugang mit einem Hochschulzulassungsgesetz bundesweit ermöglichen: individuelle Auswahlverfahren abschaffen, die lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor-/Master-Systems überwinden und als ersten Schritt dorthin Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master ausschließen;
- BAföG zur elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und repressionsfreien Grundsicherung ausbauen; Schritt für Schritt Elternunabhängigkeit ausbauen;

Mehr Geld für Bildung, nicht für Banken!

Statt marode Banken zu sanieren in öffentliche Bildung investieren: in die Zukunft unserer Kinder. Wir wollen mehr Lehrerinnen und Lehrer, Ganztagsbetreuung und keine Gebühren. www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

- mit einem „Studienpakt II“ gute Studienbedingungen sichern: die Mittel pro Studienplatz erhöhen und sich dabei an den realen Kosten orientieren;
 - Weiterbildung als öffentliche Aufgabe verankern: mit einem Weiterbildungsgesetz den Rechtsanspruch, die Finanzierung und Qualität von Weiterbildung sichern; Unternehmen in die Verantwortung nehmen und Branchenfonds bilden; Gesetze von Bund und Ländern
- zu einer Erwachsenenbildungsförderung ausbauen und allen Menschen – unabhängig vom Geldbeutel – lebenslanges Lernen ermöglichen;
 - Kompetenzen von Migrantinnen und Migranten wertschätzen: die im Herkunftsland erworbenen Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen, Kompetenzen und beruflichen Erfahrungen anerkennen.

Klimaschutz – eine Aufgabe für Schöneiche? Ja.

Der Klimawandel macht auch um Schöneiche keinen Bogen. Darüber muss sich kaum noch ausgetauscht werden. Frage ist nur, was können wir als Bürger, als Gemeinde gegen den Klimawandel leisten.

Im Kampf gegen den Klimawandel befinden sich bereits über 20 deutsche Städte in einer Vorreiterrolle. Bei einem von der Europäischen Union organisierten Bürgermeistertreffen in Brüssel verpflichteten sich mehr als 400 europäische Kommunen den Ausstoß gefährlicher Abgase wie Kohlendioxid bis zum Jahr 2020 um mehr als 20 Prozent zu senken. Die EU-Kommission will zusammen mit der Europäischen Investitionsbank einen Fonds für die Finanzierung der Klimaschutzvorhaben der teilnehmenden Städte mit günstigen Krediten schaffen.

Womit kann in Auswertung erster Erfahrungen begonnen werden begonnen werden? So sollte in Zukunft nach Auslaufen von Verträgen für alle öffentlichen Gebäuden Ökostrom bezogen werden, wodurch der Einsatz von Erneuerbaren Energien gefördert wird. In einem weiteren Schritt könnten Gebäude so umgebaut werden, dass der Energieverbrauch abnimmt, so auch zugleich die Energiekosten. Der Bund und das Land Brandenburg stellen dazu Fördermittel bereit. Die ersten Fördermittelbescheide wie zur Modernisierung von Schulen, Kindergärten, kulturellen Einrichtungen gingen bereits u.a. nach Strausberg, Lychen, Joachimsthal. Also an Gemeinden unserer Größenordnung.

In unserer unmittelbaren Umgebung befindet sich bereits der Barnimkreis auf diesem Weg. Ein anspruchsvolles Ziel ist, Energie selbst zu erzeugen. So entsteht in Ahrensfelde ein Solarpark. Das sächsische Zschadraß deckt bereits 24 Prozent des Strombedarfs selbst. Auf den Dächern von Schulen, Gebäuden der Gemeindeverwaltung, des Feuerwehrhauses wird Strom aus Solarkollektoren gewonnen. Um den zweitgrößten Ausgabenposten zu senken, wurde durch den Einsatz von Energiespartetechnik bei der Straßenbeleuchtung angesetzt. Das eingesparte Geld bzw. das Geld, das Zschadraß für den ins Netz eingespeisten Ökostrom erhält, wird in Sozialleistungen umgesetzt.

Die Gemeinde Schöneiche sollte sich einer frühzeitigen Klimaschutz-Verpflichtung anschließen. Sie würde mit dazu beitragen, dass bereits 2020 bis zu zwei Drittel des Brandenburger Strombedarfs aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden kann. Zugleich würde die Gemeinde aus dem Trend der Kostenerhöhung für Energie ausscheren. Gemeindevertretung und Verwaltung sollten sich der Aufgabe eines kommunalen Klimaschutzes annehmen und mit der Erstellung eines Energiekonzepts beginnen. Um für diese Aufgabe eine breite Zustimmung zu gewinnen, könnte am Anfang ein durch den Bürgermeister einberufener Runder Tisch aus Bürgern, Politik und Verwaltung stehen.

Detlef Wilke, stellv. Vorsitzender des Ortsverbandes DIE LINKE. Schöneiche

Die LINKEN möchten Bürgerhaushalt in Schöneiche

Jeder hat schon einmal den Satz gehört, ihn sogar selbst schon ausgesprochen: „Die da oben machen doch sowieso, was sie wollen“. Aber auch: „Zur Wahl werden wir noch gebraucht, aber dann ...“. An diesen Bürgerunmut setzt das Projekt *Bürgerhaushalt* an.

Zunehmend ist nun aber festzustellen, dass die Bürgerinnen und Bürger Anspruch auf die direkte Mitgestaltung der gesellschaftlichen Prozesse erheben. Ihre Gestaltung also nicht mehr ausschließlich den Regierungen, Parlamenten und Parteien überlassen wollen. Die tatsächlich vorhandenen Einflussmöglichkeiten auf Haushalt und Haushaltspolitik sind für die Bürger oftmals nur schwer zugänglich.

Wissen muss man natürlich, dass in der Regel ein Posten per Gesetz schon vergeben ist. Der andere Teil sind die sogenannten steuerbaren Ausgaben, also Ausgaben, worauf die Gemeinde Einfluss nehmen kann. Um diese Ausgaben geht es beim *Bürgerhaushalt*. Das zur Verfügung stehende Geld wird natürlich nicht mehr, aber es kann wirkungsvoller eingesetzt und mehr Transparenz bei der seiner Verteilung geschaffen werden.

Bekanntlich ist der Haushalt immer ein Feld von Interessenauseinandersetzungen, da über ihn die Umverteilung der Einnahmen und Ausgaben ermöglicht wird. An den Finanzen entscheidet sich, welche gesellschaftlichen Ziele realisiert werden können.

Einen gewissen Schritt auf diesem Weg dahin war Anfang des Jahres 2006 die öffentliche Vorstellung des Entwurfs des Haushaltes 2006 für Schöneiche durch den Bürgermeister Heinrich Jüttner vor interessierten Bürgern. Dieser Schritt führte aber noch nicht zu einer bewussten Einflussnahme größerer Teile der Einwohnerschaft auf die Gestaltung zumindest einzelner Aspekte des kommunalen Haushaltes.

Hier setzt die Idee des *Bürgerhaushaltes* an. Bürger wirken bei der Aufstellung, Umsetzung und Ergebniskontrolle öffentlicher Haushalte mit. Ziel eines *Bürgerhaushaltes* soll die Gestaltung der Politik im Einvernehmen mit den Bürgern bei gleichzeitiger Stärkung des Einzelnen für öffentliche Belange in seiner Kommune sein.

Auch viele Bürger Schöneiches erheben den Anspruch auf direkte Mitgestaltung der Entwicklung des Ortes.

Anfang 2006 haben die Mitglieder der Partei DIE LINKE in Schöneiche auf einer öffentlichen Veranstaltung auf die Thematik Bürgerhaushalt aufmerksam gemacht und diese von Vorreitern eines solchen Verfahrens aus Berlin-Lichtenberg erläutern lassen. Dem Stadtbezirk Lichtenberg ist es wie anderen Gemeinden gelungen, solch einen Bürgerhaushalt in mehreren Etappen unter Einbeziehung der Bürger



www.kerstin-kaiser.eu

Kerstin Kaiser:
Ich will ein sozialeres
Brandenburg,
in dem niemand
zurückgelassen wird.

DIE LINKE.

aufzustellen. Die Lichtenberger Bürger stimmen nun bereits zum vierten Mal über Teile ihres Haushaltes mit ab.

Die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes ist natürlich nicht ganz problemlos – auch für eine Gemeinde von der Größenordnung von Schöneiche. Insbesondere erfordert seine Einführung einen langen Atem. Im ersten Schritt konnte die SPD im Ort für die Idee erwärmt werden. Es wurde eine gemeinsame Argumentation erarbeitet, die 2007 mit den Fraktionsvorsitzenden der Gemeindevertretung diskutiert wurde. Bürgermeister und die Vorsitzenden stehen dem Vorhaben generell positiv gegenüber. Dabei blieben berechnete Fragen und Probleme nicht aus.

Dann trat erst einmal Ruhe ein. Aber mit dem Amtsblatt Nr. 2 vom 2. Februar 2009 überraschte uns der Bürgermeister mit einer Einladung zur Mitarbeit zur Einführung eines *Bürgerhaushaltes* in der Gemeinde Schöneiche – ab 2010. Er verband diese Aufforderung mit am Anfang richtig gestellten Fragen. Eine repräsentative Arbeitsgruppe aus interessierten ehrenamtlichen Mitgliedern soll gegründet werden, die den Prozess gemeinsam mit der Verwaltung organisiert und koordiniert.

Auf jeden Fall erfordert der Prozess zur Durchführung eines *Bürgerhaushaltes* eine sorgfältige inhaltliche und organisatorische Vorbereitung. Entscheidend ist dabei die richtige Schrittfolge. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen ist das Einvernehmen einerseits zwischen den politischen Interessenvertretern und andererseits zwischen diesen und der Verwaltung über das Anliegen. Der *Bürgerhaushalt* ist kein Parteienprojekt.

Bei den Bürgern muss natürlich die nötige Resonanz für die Teilnahme vorhanden sein. Unter Teilnahme sind hierbei die einzubringenden Ideen, Empfehlungen, Vorschläge zu verstehen. Gerade über die Art der Einbeziehung der Bürger gibt es unterschiedliche Erfahrungen. Ob man wie in Lichtenberg über eine Zufallsauswahl mittels Losverfahren Bürger für die Teilnahme gewinnt, könnte sich für Schöneiche aufgrund der kleineren Einwohnerzahl nicht stellen. Vorstellbar wäre für Schöneiche, die Vereine und Verbände mit ihren Mitgliedern

dafür zu gewinnen. Sie überstreichen das ganze Spektrum am soziokulturellem Leben in Schöneiche. Fehlen würden ansprechbare Interessenvertreter z. B. für das Straßenwesen. Dazu könnten von der Verwaltung Vorschläge zur Auswahl unterbreitet werden.

Pflicht sind in jedem Fall Bürgerversammlungen, auf denen Vorschläge unterbreitet und Empfehlungen beschlossen werden. Auch über Internet können Vorschläge eingebracht werden.

Schließlich muss der frei verfügbare Teil der Ausgabenseite des Haushaltes eine relevante Größe darstellen. Es gibt natürlich Ausgaben, die sozialkulturell gewollt sind, aber nicht verpflichtend sind. Wir sind der Auffassung, an denen sollte nicht gerüttelt werden wie Zuwendungen zu den Jugendclubs, zur Gemeindebibliothek, zu bestimmten Vereinen, die das Leben in der Gemeinde lebenswert machen.

In Gesprächen mit den Bürgern wird überwiegend der Zustand der Straßen, Gehwege, Beleuchtungen angesprochen. Die Gemeinde ist dabei nicht untätig. Nur über die Rang- und Reihenfolgen gibt es oftmals kein Einvernehmen.

Jede Kommune muss seinen eigenen Weg bei der Aufstellung eines *Bürgerhaushaltes* finden, insbesondere bei der Art und Weise des herzustellenden Interessenausgleiches zwischen den Vorschlägen der Bürger und über den verbleibenden zu verteilenden Teil der freiwilligen Ausgaben als „kritische Masse“.

Einklang zum Vorhaben und gut organisiert, dürfte auch die Aufstellung eines *Bürgerhaushaltes* für Schöneiche keine Hürde sein.

DIE LINKE in Schöneiche ist der Auffassung, dass das Unternehmen Bürgerhaushalt auch der Gemeinde Schöneiche im Interesse seiner Bürger gut tun könnte – ein weiterer Schritt zum „bürgernahen Gemeinwesen“.

Detlef Wilke

Weitere Infos u. a. bei der Bundeszentrale für politische Bildung und den Kommunen Berlin-Lichtenberg und Potsdam unter:

- www.buergerhaushalt.org
- www.buergerhaushalt-lichtenberg.de
- www.potsdam.de/cms/ziel/550025/DE

Direkt aus dem Wahlkreis 31 – Stadt Erkner, Gemeinden Hoppegarten, Neuenhagen bei Berlin, Schöneiche bei Berlin, Woltersdorf

Renate Adolph – Eine zuverlässige Streiterin vor Ort

Die 55-jährige Renate Adolph aus Hoppegarten ist sehr häufig vor Ort zu treffen und deshalb wie kaum ein anderer Politiker mit den Sorgen der Menschen in ihrem Wahlkreis vertraut. „Abgeordnete sind Vertrauenspersonen, an die sich die Menschen mit ihren Problemen wenden. Die WählerInnen wählten mich als Linke vor fünf Jahren im Wahlkreis 31 (Hoppegarten, Neuenhagen, Schöneiche, Woltersdorf, Erkner) mehrheitlich direkt in den Landtag Brandenburg. Seither habe ich mich konsequent für ihre Interessen eingesetzt und konnte Einiges bewegen.“ Als Sprecherin für Verbraucherschutz und Abwasserpolitik der Fraktion DIE LINKE setzte sie sich **für gerechtere Energiepreise und ökologische, dezentrale Abwasserlösungen** ein. Daran möchte sie nach dem 27. September anknüpfen und als erneute Gewinnerin des Direktmandats die Arbeit für die Region fortsetzen.

Wenn die ehemalige Journalistin über Dinge im Land redet und entscheidet, dann tut sie es, weil sie weiß, wovon sie redet und was ihre Entscheidungen bewirken können. So kämpfte sie in der abgelaufenen Legislaturperiode im Wahlkreis für Landesfördermittel für Projekte in der Region, von denen viele Menschen

profitieren können. Dazu gehörten der Bau von Fahrradwegen zwischen Schöneiche und Rüdersdorf oder Neuenhagen und Hönow, Hilfe für die Galopprennbahn Hoppegarten oder für die Straßenbahn Schöneiche. Sie setzte sich für Schulstandorte wie in Woltersdorf ein und für einen bürger- und umweltgerechten Bahnhof in Erkner. Renate Adolph unterstützt die soziale Arbeit wie die des Arbeitslosenverbandes und der GefAS in Erkner, die Aktivitäten des Bündnisses für Demokratie und Toleranz in Schöneiche, die Schaffung eines künftigen soziokulturellen Zentrums mit Jugendwerkstatt in Hönow oder einen Regionalhalt am Bahnhof Hoppegarten.

Die Mutter zweier erwachsener Kinder hat sich in ihrer Arbeit als Abgeordnete Dingen zugewandt, die landesweit für viele Brandenburger wichtig sind: Das reicht von bezahlbarem Strom, Wärme und Abwasser über eine Politik, die wegführt von der reinen Fokussierung auf zentrale Abwassersysteme bis hin zu dezentralen Lösungen angesichts des Klimawandels. Im Interesse ihrer Wähler will sie sich für die vorrangige Nutzung Erneuerbarer Energien einsetzen. „Die schaffen Arbeit vor Ort, machen

unabhängig von Energiekonzernen und deren Preisen und helfen der Umwelt“, begründet



Renate Adolph am 25. Juli 2008 im Gespräch mit den Bürgermeistern Heinrich Jüttner, Schöneiche, und Wolfgang Höhne, Woltersdorf (v.r.n.l.)



Die Landtagsabgeordnete der LINKEN Renate Adolph am 31. August 2009 mit Oliver Nuss, dem Initiator der Fahrraddemo 2005 zum Bau eines Radweges von Schöneiche nach Rüdersdorf, André Schaller, Bürgermeister in Rüdersdorf, und Heinrich Jüttner, Bürgermeister in Schöneiche, (v.l.n.r.) beim Anradeln des neuen Fahrradweges

Foto: Elke Lang

Renate Adolph. Sie gehört zu den Menschen, die eindeutige Lebensmittelkennzeichnungen, zum Beispiel mit Ampelfarben, und eine kontinuierliche Unterstützung der Verbraucherberatung durch die Landesregierung fordern. **„Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht auf umfassende Information.** Angesichts zunehmend unseriöser Finanz-, Telefon- und Internetgeschäfte, unkontrollierter

Energiepreise, Gammelfleisch- und anderer Lebensmittelskandale sowie wachsender Anforderungen an gesunde Ernährung wächst die Bedeutung des Verbraucherschutzes.“

Auf Landesebene mit der LINKEN steht sie unter anderem für kostenloses Mittagessen in Kitas und Grundschulen, kleinere Klassen mit 24 Schülern und Gemeinschaftsschulen sowie elternbeitragsfreie Schülerbeförderung. In Kitas werden kleinere Gruppen angestrebt sowie eine Grundsicherung für Kinder im Lande. Besonders wichtig ist ihr ein Sozialticket für die gesamte Region und für Einzelfahrten. Im Landkreis Märkisch-Oderland strebt Renate Adolph ein Energiebüro an, das Kommunalpolitiker unterstützt, Potenziale für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz zu erschließen.

Die Fülle der Aufgaben schreckt sie nicht. Wer sie kennt, weiß, dass sie viel Energie und Kraft einbringen kann.

JS

Renate Adolph

55 Jahre alt, verh., zwei erw. Kinder, wohnt in der Gemeinde Hoppegarten/Ortsteil Hönow;
 1973–1977 Studium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig zur Diplomjournalistin;
 1977–1990 Journalistin bei ADN, der Berliner Zeitung und im Verlag Junge Welt in Berlin;
 1990–1994 Mitarbeiterin in einer Anzeigenagentur;
 1994–2004 Leiterin einer Werbeagentur;
 seit 2004 Mitglied des Landtages Brandenburg, Sprecherin für Verbraucherschutz und Abwasserpolitik der Fraktion DIE LINKE;
 Mitglied des Kreisvorstandes DIE LINKE. MOL;
 seit 2003 Mitglied des Kreistages MOL;
 im Landtag als auch im Kreistag Mitglied der Fachausschüsse für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz;
 Mitglied der Brandenburger Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt.

Kontakt:

Bürgerbüro Renate Adolph
 Mitglied des Landtages Brandenburg
 Mahlsdorfer Straße 61, 15366 Hoppegarten
 Tel. (0 30) 99 27 47 49, Fax (0 30) 99 27 47 43
 E-Mail: renate@adolph.de
 Internet: www.renate-adolph.info



Renate Adolph

Direkt in den Landtag.

DIE LINKE.